



Thomas Pikettys Sicht des Kapitals

CHARLES B. BLANKART

Im Kapitalismus werden Reiche stets reicher und müssen daher höher besteuert werden, fordert Piketty. Er zeigt, wie eine Theorie zur Ideologie wird.

Nicht wenige Kommentatoren glauben, der Westen werde vom Kapital beherrscht. Schon Lenin betrachtete den Staat als Agentur des Kapitals. Doch interessanter als Ideologien sind Versuche, die Macht des Kapitals zu messen. Ein erster Versuch führt in die Fünfzigerjahre zum amerikanischen Ökonomen und Statistiker Simon Kuznets (Nobelpreis 1971). Er hat sich um die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung verdient gemacht und ist den meisten Lesern als Erfinder des Bruttosozialprodukts bekannt. Doch er befasste sich auch mit der Einkommensungleichheit als Mass für die Macht des Kapitals.

Nach Kuznets' Berechnungen begünstigte die Einkommensungleichheit zu Beginn der Industrialisierung im 19. Jh. (damals zunehmend) die Macht des Kapitals. Diese bildete sich aber ihm zufolge im 20. Jh. zurück. Seine Überlegungen wurden später in der Form eines umgekehrten U abgebildet, dessen aufsteigender Ast die Frühphase, dessen absteigender Ast die Spätphase der Industrialisierung kennzeichnet. Dieses U erhielt den Namen Kuznets-Kurve. In seiner Präsidentsprache vor der American Economic Association 1954 kommentierte er seine Erkenntnis unterbewertend als «5% empirische Information und 95% Spekulation».

Dennoch hatte Kuznets mit dem Ausdruck Spekulation nicht ganz Unrecht, denn seiner Kurve fehlte noch eine handfeste Theorie. Den Verlauf der Einkommensungleichheit schon zur Theorie zu erheben, käme einem Zirkelschluss gleich. Macht würde aus der Macht erklärt. Vielmehr muss die auf dem Markt beobachtete Macht durch exogene Faktoren erklärt werden. Daher fragten Daron Acemoglu und James A. Robinson nach den institutionellen Ursachen der Macht.

Renaissance der Kuznets-Kurve

Dabei stiessen sie auf das politische Wahlrecht. Zu Beginn der Industrialisierung, im frühen 19. Jh., praktizierten die meisten Staaten (auch die USA) ein Zensuswahlrecht. Das Recht, aktiv und passiv an Abstimmungen und Wahlen teilzunehmen, beschränkte sich auf einen kleinen Kreis von Bürgern, die über Besitz und Bildung verfügten. Sie waren durch ihr Vermögen am Kapital interessiert und stimmten daher für dessen Interessen. Dadurch konnten sie den Staat für das Kapital mobilisieren, worin sich ihre Macht manifestierte.

Mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts etwa seit dem Ersten Weltkrieg ist jedoch nach Acemoglu und Robinson die Vormacht des Faktors Kapital gebrochen. Aktives und passives Wahlrecht standen von da an allen gesellschaftlichen Gruppen offen, nicht nur den Anhängern des Kapitals. Erst durch diese Neuerung habe die Kuznets-Kurve die von ihm vermutete Form eines umgekehrten U erhalten. Acemoglu und Robinson folgern: «Der Theorie der Kuznets-Kurve zufolge erhöht die kapitalistische Industrialisierung tendenziell die Ungleichheit aber die Ungleichheit enthält die Saat ihrer eigenen Zerstörung, weil sie zu einer Veränderung des politischen Regimes in Richtung von mehr Umverteilung führt.»

Die Kuznets-Kurve war in späteren Jahren schon fast vergessen, hätte nicht der französische Ökonom Thomas Piketty sie aus der Versenkung hervorgeholt. In scharfen Worten kritisiert er Kuznets' Presidential Address von 1954. Kuznets verfolge unterschwellig die Ziele des Kalten Krieges. Fortgeschrieben und richtig interpretiert, zeige die Kuznets-Kurve den Wiederanstieg der Macht des Kapitals am Ende des 20. und im 21. Jh.

Anders als Acemoglu und Robinson präsentiert Piketty nicht eine institutionelle Erklärung der Macht des Kapitals. Er verzichtet auf eine solche. Denn er will die Macht des Kapitals aus sich heraus erklären. Damit tappt er in die Falle des Zirkelschlusses, die Macht des Kapitals aus dessen Macht zu erklären. Mit noch so vielen Statistiken seines umfangreichen Werks gelingt es ihm nicht, diesen Mangel zu verbergen. Er verwischt ihn nur.

Dem 19. Jh. folgte gemäss Piketty das 20. Jh. als eine Periode, in der das Kapital durch Krisen und Kriege geschüttelt wurde, in der es eine geringe Rendite abwarf und keine autonome Macht mehr auf die Einkommens- und Vermögensverteilung entfaltetete. Zu diesem Schluss gelangt er, weil er den Staat als Quelle der Macht ausklammert. Wird der Staat in die Betrachtung eingeschlossen, so stellt sich die Geschichte anders dar: Nach der Öffnung zum allgemeinen Wahlrecht mussten sich die Kapitalisten zwar die Sitze im Parlament mit den Arbeitern teilen, es scheint, als gehe die Reise auf der Kuznets-Kurve abwärts. Doch Piketty versteht nicht, dass sich Macht in der Fähigkeit ausdrückt, die Politik des Staates für eigene Interessen einzuspannen, mit anderen Worten Koalitionen zu bilden, an denen die Regierung nicht vorbeigehen kann.

Zwar erschütterte die Wirtschaftskrise der Dreissigerjahre in Amerika sowohl Arbeit wie Kapital, doch beide hatten ein Interesse am gemeinsamen Überleben, weil nur das Kapital neue Arbeitsplätze schaffen konnte. Die Koalition von Arbeitern und Kapitalisten verstand es, einerseits den Staat für ihre gemeinsamen Interessen einzuspannen. Andererseits war der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt auf die Wahlunterstützung von Arbeit und Kapital angewiesen. So erklärt sich der Ausdruck «New Deal». Arbeit und Kapital gewannen an Macht, weil sie den Staat für sich zu instrumentalisieren verstanden. Piketty hat offenbar gar nicht kapiert, wie viel Substanz seiner politischen Intentionen er preisgibt, indem er die politische Ökonomie des «New Deal» aus seiner Analyse ausklammert.

In der Nachkriegszeit, gegen das Ende des 20. Jh. und zu Beginn des 21. Jh., wurde Piketty zufolge das Kapital wieder knapp, der Zins r stieg im Vergleich zum Wachstum g des BIP auf $r > g$. Wenn nun die Reichen sparen, so ziehen sie nach Piketty einen immer grösseren Teil des BIP an sich und werden immer reicher. Doch das ist zum einen ökonomisch falsch. Denn was Piketty offenbar vergisst, ist, dass der Zins von der Sparquote S /BIP abhängt und dass er sinkt, je mehr die Sparquote steigt. Aber auch politisch-ökonomisch hat Piketty unrecht. Denn sobald bei steigendem Zins eine Korrektur der Einkommensverteilung tatsächlich nötig ist, wird sie bereits aus dem System der politischen Koalitionen selbst hervorgehen. Piketty braucht gar nicht die soziale Verantwortung der Zivilgesellschaft für hohe Steuern zu beschwören.

Zinstheorie ist falsch

Dass bei steigender Ersparnis der Zins sinkt, hat auch Karl Marx gesehen. Er spricht im dritten Band des «Kapitals» vom tendenziellen Fall der Profitrate. Doch bei ihm handeln die Kapitalisten nicht als Individuen, sondern als Klasse. Deswegen hören sie nicht auf zu sparen, auch wenn die Profitrate fällt, was zu Krisen und zum Zusammenbruch des Kapitalismus führt. Marx' Vorstellung der Kapitalistenklasse ist falsch, aber seine Theorie ist geschlossen. Pikettys Theorie ist weder richtig noch geschlossen.

Piketty beruft sich häufig auf seine Daten. Aber auch die stimmen nicht. Die Ära von $r > g$ ist längst vorbei. Das Alterssparen nimmt zu, die Investitionsmöglichkeiten gehen eher zurück. Darum sinken die Zinsen für Staatsanleihen bis zu $g = r$ oder sogar $g \geq r$, womit Pikettys Argument aus sich heraus hinfällig wird.

Wie ist also Pikettys 816-Seiten-Buch einzuschätzen? Erstens hat er Kuznets' zurückhaltenden Beitrag von «5% empirische Information und 95 % Spekulation» zu einem Monstrum aufgebläht, das Kuznets zu errichten völlig fernlag. Zweitens beruhen Pikettys Überlegungen zur Macht des Kapitals auf einem Zirkelschluss. Drittens ist seine Zinstheorie falsch. Viertens sind seine statistischen Angaben zum Verhältnis von Zins und Wachstumsrate überholt. Was bleibt also von Piketty? Die Leserschaft möge urteilen: ein grosser Ökonom oder ein Pfau?

Der Autor ist Mitglied des Akademischen Beirats des Liberalen Instituts. Dieser Artikel wurde in der «Finanz und Wirtschaft» veröffentlicht.

April 2015



Dieser Text ist verfügbar online unter: <https://www.libinst.ch/?i=thomas-pikettys-sicht-des-kapitals>

© Copyright 2015 **Liberales Institute**